

Johannes Seifert SDS HH 1960-1963

Einleitung

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund wurde im September 1946 als Studentenverband der SPD gegründet, wenig später gefolgt von den Studentengruppen der CDU und FDP. Das Verhältnis zwischen SPD und SDS war nicht immer spannungsfrei, bis es sich so zuspitzte, dass 1960 die SPD einen Unvereinbarkeitsbeschluss zur gleichzeitigen Mitgliedschaft in der SPD und im SDS aussprach, nachdem im Mai 1960 schon der SHB als zweiter sozialdemokratischer Studentenverband gegründet worden war.¹ Diese formale Abspaltung schwächte einerseits den SDS, bestärkte andererseits aber das Bemühen, eine eigenständige Politik gegenüber der auf das Godesberger Programm (1959) eingeschworenen SPD weiter zu entwickeln.

Bevor nun näher auf die Entwicklung des Hamburger SDS ab etwa 1960 eingegangen wird, ein Hinweis auf die Quellenlage, die schon Briem beklagte. Die Ortsgruppen verfügten nach der organisatorischen Trennung von der SPD meist über keine eigenen Räume und damit auch keine eigenen Archive. Dies wird auch an der offiziellen Adresse des SDS Hamburg deutlich. Bis 1960 lautete sie: Landesverband Hamburg, Gewerkschaftshaus Besenbinderhof, ab 1961 Edmund-Siemers-Allee 1, Universität, Postfach 23. Das Archiv des Bundesvorstandes war über mehrere Institutionen und Personen verstreut.

Diese Situation hat sich mittlerweile gebessert. Was vom Archiv des SDS-Bundesvorstandes übrigblieb, ist heute Bestandteil des Universitätsarchives der Freien Universität Berlin (APO und soziale Bewegungen), die Akten aus dem Bestand Dr. Arndts sind im Archiv der FES. In Hamburg gab der ASTA 1969 die kritische Festschrift „Das permanente Kolonialinstitut – 50 Jahre Hamburger Universität“ heraus, deren umfangreicher Artikel „Zur Entstehung einer sozialistischen Studentenopposition an der Hamburger Universität“² unseres Wissens zum ersten Mal systematisch umfangreiche Reste des Hamburger SDS-Archivs als Quelle benutzte. Es wird berichtet, dass nach dem Zerfall des SDS Interessierte zufällig in den ehemaligen Versammlungsräumen, nun von der Buchhandlung Spartakus genutzten Kellerräumen diese Aktenreste fanden und sicherten. Heute befinden sie sich wie viele andere Materialien im Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung.³

Die Entwicklung des SDS ab 1958/59

I) Neuer Bundesvorstand 1958 und Richtung „unabhängige Studentenorganisation“

Der SDS war von Beginn an auch als Sprungbrett zum Erreichen höherer Posten in der SPD betrachtet worden. Die Liste der Bundesvorsitzenden seit 1945 umfasste u.a.: Helmut Schmidt, Günther Bantzer, Ulrich Lohmar und Wolfgang Büsch.⁴ Auf der XIII. ordentlichen Bundesversammlung am 22./23. Oktober 1958 in Mannheim deutete sich ein Wandel an. Die Delegierten wählten zum ersten Mal einen Bundesvorstand, dem kein erklärter Freund des SPD-Parteivorstandes angehörte: 1. Vorsitzender Oswald Hüller, 2. Vors. Günter Kallauch, Beirat: Monika Mitscherlich, Horst Steckel, Jürgen Seifert. Dieser Vorstand hatte allerdings keinen langen Bestand, da der erste Vorsitzende versuchte, eigene politische Wege zu gehen,

¹ Jürgen Briem, Der SDS, Geschichte des bedeutendsten Studentenverbandes der BRD von 1945 bis 1961, Frankfurt 1976.

² AStA HH, Das permanente Kolonialinstitut – 50 Jahre Hamburger Universität, Hamburg 1969, S. 154-231.

³ Mein eigenes Interesse an dem Thema resultiert aus meiner Mitgliedschaft im SDS Hamburg vom Sommersemester 1964 bis etwa zur Springerblockade.

⁴ Tilman P. Fichter, Siegwald Lönnendonker, Genossen! Wir haben Fehler gemacht, Marburg 2021⁶.

die mit dem SDS nicht abgestimmt waren. Dabei ging es vor allem um die Art der Durchführung zweier Kongresse:

a) **Studenten gegen die Atomrüstung**, abgehalten am 3.1.1959 im Neubau der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FU. Besonderes Ärgernis war ein Teil der von großer Mehrheit angenommene Resolution, der lautete:

„Die weltpolitische Lage wird in Kürze die beiden Teile Deutschlands zwingen, miteinander zu verhandeln. Damit solche Verhandlungen möglich werden, ist es nötig, daß Formeln wie «Mit Pankow wird nicht verhandelt» aus der politischen Argumentation verschwinden. Das Ziel notwendiger Verhandlungen, die bisher stets von der Bundesregierung ungeprüft zurückgewiesen wurden, muß sein: 1. die Umrisse eines Friedensvertrages zu entwickeln, 2. die möglichen Formen einer interimistischen (vorläufigen) Konföderation zu prüfen.“⁵ Formuliert worden war dieser Text von Erich Kuby und 3 SDS-Mitgliedern, die auch Konkret-Mitarbeiter waren.

b) **Kongress für Demokratie – gegen Restauration und Militarismus**

Dieser Kongress fand am 23./24. Mai 1959 in Frankfurt statt. Mit verschiedenen Tricks versuchte SDS-Vorsitzender Hüller, Beschlüsse der eigenen Organisation zu umgehen. Trotz entschiedenen Widerstandes von Teilen des SDS wurde mit Mehrheit in der Arbeitsgruppe II eine Resolution angenommen, die u.a. forderte: „die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, die Ausschaltung des alten Offizierskorps der Wehrmacht in der Bundeswehr, Verhandlungen der beiden deutschen Staaten mit dem «Ziele einer stufenweisen Zusammenführung der Teilstaaten» und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.“⁶

Der Restbundesvorstand wollte sich die Eigenmächtigkeiten Hüllers und den Versuch der Konkret-Gruppe, den SDS auf SED-Linie festzulegen, nicht länger bieten lassen. Auf der nächsten Vorstandssitzung am 3. Juni 1959 in Köln wurden Hüller und Pressereferent Gerhart Bessau von ihren Ämtern suspendiert, Kallauch zum 1. Vorsitzenden des SDS und Heinz Grossman um neuen Pressereferenten bestimmt. Außerdem wurde beschlossen, dass Mitarbeiter der Konkret wie Ulrike Meinhof, Klaus Reiner Röhl, Eckart Spoo, Erika Runge, Eva Maria Titze⁷, Gerhard Bessau, Hans Stern und Reinhard Opitz nicht Mitglieder des SDS sein könnten. Wie die SDS-Mitgliedschaft zu diesen Beschlüssen stand, sollte die XIV. ordentliche Bundesversammlung des SDS am 30.7./1.8. 1959 im Göttinger Gewerkschaftshaus zeigen. Jürgen Seifert hielt das Grundsatzreferat der „Mittelgruppe“.

„Unmittelbare Ziele für den ersten Schwerpunkt seien: Kampf für die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaats und gegen die galoppierende Aushöhlung des Grundgesetzes; Entlarvung der bürgerlichen Ideologien an den Universitäten; entschiedenes Eintreten für eine umfassende Hochschulreform, die nicht nur die Demokratisierung des Lehr- und Forschungsbetriebes sicherstelle, sondern «allen Schichten eine wirklich angemessene Ausbildung» gewährleiste; kritische Distanz zum Kommunismus in Deutschland, aber auch Ablehnung jedes «blinden Antikommunismus»; offensive Unterstützung des Deutschlandplanes der SPD, gerade auch gegenüber der FDJ; und – was für das künftige Verhältnis zwischen SDS-Bundesvorstand und SPD-Parteivorstand besonders wichtig war – eine kompromisslose Fortsetzung der außerparlamentarischen Aktionen gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr «bei jeder sich bietenden Gelegenheit».

Die zweite Stoßrichtung seines Referats zielte auf eine koordinierte Ausweitung der Theoriearbeit im SDS und eine stärkere thematische Konzentration auf bestimmte Arbeitskreise in den einzelnen Hochschulgruppen. In den kommenden Jahren sollten folgende Themen im Mittelpunkt der Verbandsdiskussion stehen: Entwicklungstendenzen in der DDR, der Volksrepublik Polen, der CSSR und der UdSSR; Probleme der zyklischen Krisen in der

⁵ Tilman P. Fichter, Siegwald Lönnendonker, ebda., S. 151.

⁶ Tilman P. Fichter, Siegwald Lönnendonker, ebda., S. 154, 157.

⁷ Die spätere Ehefrau Peter Rühmkorfs und verdienstvolle Lokalpolitikerin in Hamburg und Schleswig-Holstein.

kapitalistischen Volkswirtschaft; empirische Studien über die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien bzw. theoretische Arbeiten über das Problem der Entfremdung in der spätkapitalistischen Gesellschaft und Untersuchungen zur Frage der «Verapparatisierung und Bürokratisierung» der Arbeiterparteien.“⁸

Erik Nohara, verantwortlicher Redakteur der SDS-Zeitschrift „Standpunkt“⁹, sah Ende 1959 drei unterschiedliche Tendenzen unter den Mitgliedern: mit 45% die undogmatische Mittelfraktion um den Restbundesvorstand Kallauch/Mitscherlich/Seifert/Steckel, mit 30% die Fraktion um Hasselbring und Eichengrün, die eine rein sozialdemokratische Gruppierung wolle und kurz darauf den SHB mitgründete und mit rund 20% die Hüller/Konkret-Gruppe.¹⁰ Nach einer äußerst lebhaft verlaufenen Versammlung wurde am 1.8.1959 der neue Vorstand gewählt: 1. Vors. Günter Kallauch, 2. Vors. Manfred Schmidt, Beirat: Dieter Wunder¹¹, Monika Mitscherlich, Peter Heilmann.¹²

II) Die Karlsruher Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ und der Beginn des Unvereinbarkeitsbeschlusses

Ein wichtiger Punkt der Göttinger Bundesversammlung war die Diskussion über eine geplante Ausstellung zur „Ungesühnten Nazijustiz“. Der Student Reinhard Strecker hatte 1959 mit einer Gruppe von etwa 30 Berliner Studenten begonnen, Material gegen möglicherweise belastete ehemalige Nazi-Juristen zu sammeln, das in der Bundesrepublik ohne weiteres nicht zugänglich war.¹³ Dazu musste er die Hilfe der DDR in Anspruch nehmen, die schon vor einiger Zeit einen „Ausschuss für Deutsche Einheit“ gegründet hatte. Nach kurzem Zögern unterstützte Adolf Deter¹⁴, der Vorsitzende des Ausschusses, Streckers Wünsche, und so konnte Strecker Ende 1958 zum ersten Mal die in Ostberlin gesammelten Dokumente einsehen. Strecker kam zu dem Ergebnis, dass die Dokumente echt seien und konnte etwa 3.000 Kopien für seine Dokumentation anfertigen lassen. Mit diesem Material reiste Strecker (mittlerweile SDS-Mitglied) im Mai zur SDS-Bundesversammlung in Göttingen. Der von den Berliner Delegierten Dieter Koch, Helmut Maier und Götz Langkau im Plenum eingebrachte Antrag für eine „Aktion gegen nationalsozialistische Juristen, die heute in der Bundesrepublik Ämter bekleiden“ wurde ohne Gegenstimme und bei einer Enthaltung angenommen, was in der damaligen Situation des SDS fast einem Wunder glich:

„Die DK fordert alle Mitglieder des Verbandes auf, die Aktion gegen nationalsozialistische Juristen, die heute in der Bundesrepublik Ämter bekleiden, zu unterstützen. Die Tätigkeit dieser Juristen stellt eine große Gefahr für die demokratische Entwicklung dar. Die Aktion wird vorbereitet von dem Genossen Reinhard Strecker (Berlin-Steglitz, Zimmermannstr. 14). Sie soll zu Beginn des Wintersemesters gleichzeitig an allen Hochschulstandorten durchgeführt werden.“¹⁵

⁸ Tilman P. Fichter, Siegward Lönnendonker, ebda., S. 160. Ein ausführlicher Beitrag zur politischen Entwicklung Jürgen Seiferts erschien 1993 in der Zeitschrift „Vorgänge“ Nr. 124: Jürgen Seifert, Vom „58er“ zum „68er“. Ein biographischer Rückblick, <https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/124-vorgaenge/>

⁹ Der „Standpunkt“ war der Vorläufer der „Neuen Kritik“ und erschien bis Ende 1959, als die SPD die Zahlung der Druckkosten verweigerte. Bestand im HIS.

¹⁰ Erik Nohara, Unabhängigkeit und Einordnung, Standpunkt, Oktober/Dezember 1959, S. 5, Bielefeld, letztes erschienenes Heft des von der SPD finanzierten Organs des SDS.

¹¹ 1981-1997 Bundesvorsitzender der GEW

¹² Tilman P. Fichter, Siegward Lönnendonker, a.a.O., S. 534.

¹³ Nach: Stephan Alexander Glienke, Die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ (1959-1962), Baden-Baden 2008.

¹⁴ Tätigkeit für KPD, RGO in Berlin und ab 1930 Hamburg, verschiedene Stationen in der Emigration, 1946 Rückkehr in die DDR. Dort ab 1955 Sekretär des Ausschusses für Deutsche Einheit. Vergl. Wikipedia.

¹⁵ Protokoll der XIV. DK des SDS. Archiv APO und soziale Bewegungen, Sammlung Jürgen Seifert.

Die allgemeine Auseinandersetzung beider deutscher Staaten mit ihrer politischen Vergangenheit in den 60er Jahren hat z.B. Detlef Siegfried in dem Aufsatz „Zwischen Aufarbeitung und Schlussstrich. Der Umgang mit der Vergangenheit in beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969“ in dem von Axel Schildt, Karl Christian Lammers und ihm selbst herausgegebenen Buch „Dynamische Zeiten“, Hamburg 2003², genau beschrieben.¹⁶ Wir möchten aber hier eine stärkere Betonung auf das Hamburg-Spezifische der Ausstellung und des SDS legen.

So lief die Realisierung der Ausstellung mit einigen Hindernissen an. Die erste Ausstellung sollte am 27. bis 30. November in Karlsruhe beginnen. Karlsruhe war auch Sitz des Generalbundesanwalts, zu der Zeit Max Güde. Die Ausstellungsinitiatoren erhofften sich eine Multiplikatorenwirkung in die Bundesrepublik hinein, die der Ausstellung in den anderen Städten dienen sollte. Allerdings hatte Strecker die Fraktionsstreitigkeiten im SDS falsch eingeschätzt und sich mit der Bitte um Durchführung der Ausstellung direkt an den Karlsruher SDS gewandt, ohne sich vorher mit dem Bundesvorstand in Verbindung zu setzen. Der Karlsruher Vorstand war voll auf Hüller-Konkret-Linie und bildete als erstes ein Organisationskomitee. Nachdem der Karlsruher SDS-Vorstand sich geweigert hatte, das Ganze nur als SDS-Veranstaltung durchzuführen, beteiligte der Bundesvorstand sich nicht an dieser Veranstaltung.

Noch drastischer war die Reaktion des SPD-Vorstandes. Er distanzierte sich von der Ausstellung, weil ein Organisationskomitee die Ausstellung vorstelle, dessen Mitglieder nicht bekannt seien. Man habe jedoch „Grund zu der Annahme, dass hier Kräfte am Werk“ seien, die auch „den Frankfurter Studentenkongress für ihre Zwecke missbraucht haben.“¹⁷ Die ausgestellten Dokumente allerdings gaben kaum Anlass für Klagen. Auf einer mehrstündigen Pressekonferenz am nächsten Tag stießen Strecker und Mitorganisator Koppel wiederholt auf Misstrauen gegen die Herkunft der Dokumente. Strecker wies erneut auf die Unabhängigkeit der etwa 30köpfigen Untersuchungsgruppe hin, die die Dokumente gesammelt und überprüft habe. Allerdings musste die Ausstellung an diesem Tage auf Anordnung der Obrigkeit in die Gaststätte Krokodil umziehen. Kurz vor Ende der Ausstellung kam auch Generalbundesanwalt Güde von auswärts zurück und lud Strecker zu einem Gespräch ein. Strecker erschien mit dem gesamten Ausstellungsmaterial, das sich Güde ausführlich ansah. Anschließend gab Güde ein Fernsehinterview, in dem er Streckers Material als echt bezeichnete. Dies bedeutete den Durchbruch für Streckers Ausstellung.

Gleichzeitig öffnete der Verlauf der Ausstellung Strecker auch den Weg direkt in die polnischen und tschechoslowakischen Archive, in denen er jetzt persönlich Akten einsehen und überprüfen konnte. Dazu musste jetzt nicht mehr der Weg über den „Ausschuss für deutsche Einheit“ in Ost-Berlin genommen werden.

Andererseits sah sich der SPD-Vorstand in seiner Haltung gegenüber dem SDS bestärkt. Die Annahme des Godesberger Programmes Ende November 1959 und andere Ereignisse verleiteten den stellvertretenden Parteivorsitzenden Wehner Mitte 1960 zu der Aussage in den Marburger Blättern, „zwischen SPD und SDS bestehen kein Vertrauensverhältnis mehr. „Wir haben so viel erlebt, dass wir nicht mehr sagen konnten, das wären anständige Leute!“. Als Steine des Anstoßes bezeichnete Wehner den Berliner Kongress gegen Atomrüstung, die Frankfurter „Tagung für Demokratie – gegen Restauration und Militarismus“, die eigenmächtigen Ostkontakte und die Karlsruher Ausstellung *Ungesühnte Nazijustiz*. Hier sei die Linie des SDS nicht mehr mit den Beschlüssen der Partei zu vereinbaren gewesen. Der SDS habe, so Wehner, einen eigenen Kurs gesteuert, der „nicht anders als ferngesteuert gewesen sein könne.“¹⁸

¹⁶ Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers, Hrsg., Dynamische Zeiten, Hamburg 2003².

¹⁷ Glienke, a.a.O., S. 47

¹⁸ Marburger Blätter, Nr. 63 (1960), S. 9 f., Interview mit Herbert Wehner: „Niemand wird zu seinem Glück geprügelt“. Vergl. Glienke, S. 87 ff.

Am 23. Mai 1960 befasste sich der SPD-Vorstand mit der Gründung des SHB, billigte die von den Verfassern vorgelegte Grundsatzerklärung und rief die Sozialdemokraten im SDS zum Übertritt in den SHB auf. Am 19. Juli 1960 beschloss der SPD-Parteivorstand schließlich, jede Förderung des SDS sofort einzustellen und die Beziehungen zu dem Verband abzubauen. Dies war der Beginn des Unvereinbarkeitsbeschlusses zwischen SPD und SDS.

III) Weiterer Verlauf der Ausstellung und Reaktion des SDS

Nach dem Ende der Karlsruher Ausstellung und dem Einreichen von 43 Strafanzeigen gegen wiederamtierende Richter am 18. Januar 1960 hatte die Gruppe um Reinhard Strecker weitere Ausstellungen in Hamburg, Frankfurt, München und Bonn geplant. Diese Ausstellungen kamen zunächst wegen des starken Widerstandes der Universitätsleitungen in den einzelnen Städten nicht zustande. Einzig in Westberlin schien es zunächst so, dass die Ausstellung in der Universität oder Technischen Hochschule gezeigt werden könne. Der politische Senat setzte aber alle Hebel in Bewegung, um dies zu verhindern, und so blieb letztendlich nur das Angebot des Galeristen Rudolf Springer, die Ausstellung in seiner Galerie am Kurfürstendamm 16 vom 25. Februar bis 7. März 1960 unentgeltlich zu zeigen.

Anschließend wurde die Ausstellung in Stuttgart, Frankfurt am Main, Kiel, Hamburg (29.5. – 9.6.1961), Tübingen, Freiburg, Heidelberg, Göttingen, München, Oxford, London, Amsterdam, Utrecht und Leiden gezeigt, insgesamt vom 27.11.1959 bis Februar 1962.¹⁹

Dabei ist noch daran zu erinnern, dass der Auftrag des Bundesvorstandes des SDS an die Veranstaltungsgruppen ja lautete, die Ausstellung in jedem Ausstellungsort durch Hinweise auf lokale Naziverbrechen zu ergänzen. Das änderte nicht den Grundtenor, aber verbreiterte die Basis des belastenden Materials.

Der SDS traf sich am 1./2. Oktober 1960 in Frankfurt zur XV. DK. Der scheidende SDS-Vorsitzende Günter Kallauch betonte in seinem Rechenschaftsbericht vor allem die wachsende Solidarität im Umfeld des SDS:

„Wir haben schwere Schläge einstecken müssen. «Genossen» und ehemalige Freunde haben uns beschimpft und verleumdet. Die Presse ist über uns hergefallen. Wir aber sind enger zusammengedrückt, wir haben weitergearbeitet und überraschend viele neue Mitglieder gewonnen [...] Der SDS ist heute zum ersten Male völlig unabhängig. Das ist seine Schwäche, aber das ist zugleich auch seine Stärke. Der Zulauf, den wir im vergangenen Semester hatten, zeigt, daß ein Teil der Studentenschaft die Verleumder zu durchschauen vermag, und daß sie zu uns kommen, weil sie der bestehenden politischen Herrschaftsstruktur oppositionell gegenüberstehen. Sie scheuen zunächst die direkte Bindung an eine politische Partei und werden zumeist erst durch die Arbeit unserer Gruppen für die Arbeiterbewegung gewonnen. Wir können auch im wissenschaftlichen Bereich zeigen, daß unser politisches Handeln auf kritischem und wissenschaftlichem Denken beruht. Die völlige organisatorische Unabhängigkeit kann sich unter Umständen für unsere Arbeit als sehr viel wichtiger erweisen als die schon immer begrenzte finanzielle Förderung durch die SPD.“ (Keine Quellenangabe)

Als neuer Bundesvorstand wurden 1960 gewählt: 1. BV: Michael Schumann (Göttingen), 2. BV: Michael Vester (Frankfurt), Beirat: Wolfgang Nitsch (Berlin), Manfred Vosz (München), Werner Gessler (Freiburg).²⁰ In der Amtszeit dieses Bundesvorstandes wurde eine erste Fassung der für die weitere Diskussion äußerst wichtigen Denkschrift „Hochschule in der Demokratie“ auf der nächsten BV am 6./7.10.1961 vorgelegt, die von den Arbeitskreisen in Berlin, Freiburg, Frankfurt und Göttingen erarbeitet worden war. 1965 erschien eine stark erweiterte Fassung, die auch die öffentliche Diskussion beflügelte. Als Hauptforderungen enthielt die Urfassung:

¹⁹ Wikipedia, „Ungesühnte Nazijustiz“.

²⁰ Fichter, Lönnendonker, a.a.O., S. 534; auch: Die 68er Bewegung, eine illustrierte Chronik von Wolfgang Kraushaar, Band 1, Stuttgart 2018, S. 36.

„1. Der Weg zur Hochschule muss allen befähigten Menschen aus allen Schichten offenstehen.

2. Geistige Arbeit muss mehr als bisher als produktive Leistung für die Gesellschaft anerkannt werden.

3. Studium ist Arbeit und als solche zu bewerten. Diesem Grundsatz entspricht die Verpflichtung des Studierenden, sein Studium sowohl als Ausbildung für sich selbst wie als Arbeit für das Ganze aufzufassen.

4. Der Staat hat Studienplätze, Lehre und Forschung zu sichern und ausreichend zu finanzieren.

Die Reform der deutschen Hochschulen muss als Ziel die Bildung und Ausbildung von Menschen haben, die fachlich und politisch fähig sind, in einer demokratischen und sozialen Gesellschaft zusammenzuwirken. Den Anspruch, führende Schichten zu erziehen, kann nur eine Hochschule erheben, die dieses Bildungsziel bejaht und erfüllt.“²¹

Am 13. August 1961 hatte die Regierung der DDR in Berlin die Mauer bauen lassen, die für viele Jahre die Kontakte zwischen den Bevölkerungsteilen in West- und Ostdeutschland erschwerte. Zudem hatten die Behörden der DDR den IG-Metall-Gewerkschaftssekretär Heinz Brandt entführen lassen. Insofern beschäftigte sich der Rechenschaftsbericht nicht nur mit der Hochschulpolitik. So „...setzte sich Schumann auch mit der Politischen Justiz in der DDR auseinander. Zunächst forderte er die Verantwortlichen in der DDR auf, die noch inhaftierten SDS-Mitglieder Edgar Gude, Joachim Staritz und Heinz Dieter Schweikert freizugeben. Gleichzeitig begrüßte er die Freilassung «unseres zwei Jahre lang in DDR-Zuchthäusern inhaftierten Mitgliedes Gero Gandert durch die dortigen Behörden». Sodann protestierte Schumann im Namen des SDS auf das Schärfste gegen die Verschleppung und anschließende Verhaftung des IG-Metall-Redakteurs Heinz Brandt durch die Behörden der DDR. Brandt habe bereits unter Hitler in den Konzentrationslagern Sachsenhausen, Auschwitz und Buchenwald für seine sozialistische Überzeugung leiden müssen. Der SDS schätze Brandt, weil er «unermüdlich für eine innerdeutsche Entspannung und Verständigung» eingetreten sei. Die Verhaftung von Heinz Brandt sei für den SDS ein erneuter Beweis dafür, dass die SED am «Abbau» des Kalten Krieges nicht ernsthaft interessiert sei.

Am Ende seines Grundsatzreferats erörterte Michael Schumann noch einmal ausführlich ein innenpolitisches Thema: Er setzte sich kritisch mit der gescheiterten Wahlkampfkonzeption der damaligen sozialdemokratischen Führungsmannschaft unter Herbert Wehner auseinander.“²² Zum Abschluss der Delegiertenkonferenz wählten die Delegierten am 6./7. Oktober 1961 den Kieler Eberhard Dähne und den Frankfurter Peter Brokmeier als neue Bundesvorsitzende. Mitglieder des Beirats wurden Dietrich Staritz (Berlin), Matthias Manz (München) und Diethard Kars (Göttingen).²³

„Am 16. Oktober 1961 legte Herbert Wehner dem SPD-Partei- und Fraktionsvorstand ein weiteres vertrauliches, 27-seitiges Dossier über die Entwicklung des SDS vor. Diesem Exposé zufolge war der Verband seit der Delegiertenkonferenz in Mannheim im Oktober 1958 immer «stärker in das Fahrwasser extremer Kräfte» geraten. So sei die umstrittene Resolution zur Wiedervereinigungspolitik auf dem Berliner Studentenkongress gegen Atomrüstung Anfang Januar 1959 im «östlichen Sinne» und in «östlichen Vokabeln» abgefasst worden. Selbst die *Prawda* habe am 4. Februar 1959 ausdrücklich die Beschlüsse dieses Studentenkongresses gelobt. Ferner habe Anfang 1959 in Oberursel/Taunus ein SDS-Seminar stattgefunden, an dem auch Vertreter der FDJ teilgenommen hätten.“²⁴

²¹ Tilman P. Fichter, Siegwald Lönnendonker, ebda., S. 186.

²² Tilman P. Fichter, Siegwald Lönnendonker, ebda., S. 187.

²³ Tilman P. Fichter, Siegwald Lönnendonker, ebda., S. 534; ebenfalls: Kraushaar, Die 68er Bewegung..., Bd. 1, S. 111/112. Vergl. dort ebenfalls: 12. September 1961, Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS).

²⁴ Tilman P. Fichter, Siegwald Lönnendonker, ebda., S. 190.

Ähnlich wurden auch die weiteren Differenzen zwischen SDS und SPD-Parteivorstand geschildert. Dies alles führte dazu, dass Herbert Wehner unmissverständlich die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft im SDS mit der Mitgliedschaft in der SPD forderte. Da es noch einige eher formale Bedenken gab, wurde die endgültige Beschlussfassung auf den 6. November verschoben. Dort wurde dann endgültig der Unvereinbarkeitsbeschluss in einer nochmals vom Parteivorsitzenden Ollenhauer korrigierten Fassung beschlossen:

„Die Mitgliedschaft in dem Verein Sozialistische Förderergesellschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes e. V. ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wie es ebenso unvereinbar ist, Mitglied des SDS und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu sein.“²⁵

IV. Ereignisse in Hamburg

Im Unterschied zu anderen Orten nahmen die Ereignisse in Hamburg einen besonderen Verlauf. Hatten sich zunächst wie anderswo auch in Hamburg Gruppen mit einer eigenständigen Richtung entwickelt (Dieter Wunder, Reinhard Hoffmann, K. Pohle), so nahm deren Einfluss um 1960 zunächst ab. Dieter Wunder wurde Mitglied des Bundesvorstandes des SDS und Mitarbeiter an der SDS-Hochschuldenkschrift, im Hamburger Verband gab es ein gewisses Durcheinander mit den Vorsitzenden Anny Koppelman und Reiner Mehl. Der der KPD nahestehende Harri Rusch versuchte auf der MV am 8.11.1960 vergeblich, gegen Mehl erster Vorsitzender zu werden. Am 17.2.1961 und noch einmal am 18.7.1961 gelang Rusch der Durchbruch, beim zweiten Mal mit dem ebenfalls der KPD nahestehenden Peter Gohl als zweitem Vorsitzenden. Dieser löste ihn am 19.2.1962 als Vorsitzender ab, gefolgt am 24.8.1962 von Renate Jesconowski und am 5.3.1963 von Ilse Jacob²⁶.

Die politische Position Harri Ruschs und seiner Leute lässt sich durch viele Aussagen belegen, beispielhaft hier aus einem Brief Harri Ruschs an einen Professor in Lüneburg „Auch jetzt schwelt noch eine Auseinandersetzung zwischen denjenigen, die der DFU sympathisch gegenüberstehen - und zu dieser Richtung rechnen wir uns - und denjenigen, die den Kampf für Abrüstung und Verständigung schwächen wollen, indem sie die Sozialisierung als Aufgabe Nr. 1 bezeichnen.“²⁷ und etwa gleichzeitig die zur bundesweiten Verbreitung verfasste Resolution des Hamburger SDS:

„Die Frankfurter Delegiertenkonferenz hat als politische Aufgaben des SDS festgelegt;

1. Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr, gegen Wehrpflicht und Militarismus für Rüstungsstopp und militärisches Disengagement der beiden Teile Deutschlands,
2. Kampf gegen den kalten Krieg, gegen ideologische Verhetzung und politische Abenteuer, leidenschaftliches Eintreten für die Entspannung, Unterstützung aller Gedanken und Taten, die dem friedlichen Zusammenleben verschiedener Gesellschaftssysteme dienen.
3. Kampf gegen die Notstands- und Notdienstgesetze.“²⁸

Um 1962 hatten sich speziell an der Akademie, aber auch an der Universität neue Mitstreiter eingefunden, besonders Helmut Schauer (der im September 1964 Bundesvorsitzender wurde) und Jürgen Harrer, denen ein völlig anderen Weg zum Sozialismus vorschwebte als das Nachbeten der von Ostberlin ausgegebenen Parolen. Unterstützt wurden sie u.a. von dem Trotzlisten Hans Jürgen Schulz und dem Anhänger der Gruppe Arbeiterpolitik Ulli Scholz.

²⁵ Tilman P. Fichter, Siegwald Lönnendonker, a.a.O., S. 193.

²⁶ Ilse Jacob war Tochter des ehemaligen Hamburger KPD-Politikers und Widerstandskämpfers Franz Jacob, der 1944 von den Nazis hingerichtet wurde. Sie gehörte mit Harri Rusch, Peter Gohl, Alfred Dreckmann u.a. zum KPD-Flügel im Hamburger SDS. Vergl. z.B.: <https://hamburg.vvn-bda.de/2018/01/29/rede-von-ilse-jacob-bei-der-feierstunde-der-bezirksversammlung-hamburg-nord-am-27-januar-2018/>

²⁷ HIS, SDS HH, HHH 622, 05 und 06, (2446-2746). Brief Ruschs an den Lüneburger Professor Heinemann vom 19.5.1961

²⁸ Beschluss der Hamburger MV vom 18.5.1961, der an alle anderen Ortsgruppen weitergeleitet werden sollte.

Zurück in den April 1961. Mitte des Monats erreichte den Vorsitzenden der Hamburger SDS-Gruppe, Harri Rusch, ein Schreiben des Bundesvorsitzenden Michael Vester, in dem dieser die Durchführung der Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ in Hamburg im Juni ankündigte:

„...Die Ausstellung UNGESÜHNTE NAZIJUSTIZ geht zunächst nach Kiel, und wir wissen noch nicht genau, wie lange sie dort gezeigt werden soll. Sie wird keine Monstre-Ausstellung sein, sondern eine repräsentative Auswahl der Stecker-Akten zeigen. Sie umfaßt ca. 70 Schnellhefter, meist Fallakten (darunter Kontrastakten milder Urteile), teilweise Personalakten und in einem Fall in Brandenburg vollstreckte Todesurteile, insgesamt ungefähr 1200 Blatt. Außerdem sind beigelegt ungefähr 7 Bilder und einige Kopien von Plakaten, sowie Hinweise für die Ausstellung, die noch auf Presspappe aufgezogen werden. Einzelheiten über den bisherigen Verlauf entnehmt Ihr der DOKUMENTATION. In Tübingen wurde sie zusammen mit AStA, LSD, ESG, in München mit AStA und LSD, in Kiel mit Hist. Pol. Club und LSD herausgebracht. In Tübingen zudem mit einer Einführungsrede des Rektors. Die Ausstellung muß als Titel (mindestens aber Untertitel) "Ungesühnte Nazijustiz" haben und darf nur ohne Zusätze gezeigt werden, d.h. ohne Angriffe gegen Oberländer, Globke usw., damit der sachliche Charakter gewahrt bleibt. Die Wirkung hat bisher sehr stark davon abgehungen, daß man sich auf juristisch einwandfreie Dokumente gestützt hatte. Welche Organisationen werden bei Euch die Ausstellung mittragen? Bis auf München wurde die Ausstellung in Universitätsräumen gezeigt...“²⁹

Die Ausstellung wurde u.a. vom 9. – 19. Mai in Kiel³⁰, vom 29. Mai bis 9. Juni in Hamburg und vom 12. – 17. Juni in der TH Stuttgart gezeigt. In die Lücke zwischen 19. und 29. Mai fielen die Pfingstferien, in denen die Hamburger Veranstalter die Ausstellung nicht starten wollten. Harri Rusch schrieb am 16.5. an eine Bekannte in Stuttgart: „Ich habe mir die Ausstellung in Kiel angesehen. Dort hat sie der Rektor eröffnet, Presse, Rundfunk und Fernsehen haben sie einigermaßen wohlwollend aufgenommen, die SPD- Volkszeitung brachte eine Sonderseite... Ihr könnt die Ausstellung also etwa 12./13. Juni eröffnen. Wie Ihr sie dorthin bekommen sollt, ist uns allerdings noch nicht klar, wir werden sie voraussichtlich mit einem VW-Bus aus Kiel abholen. Es sind 4-500 Schnellhefter und einige Papptafeln.“³¹

Harri Rusch hatte bei diesen Überlegungen aber nicht den Ausstellungsmacher Reinhard Strecker einbezogen. „Wir haben die Ausstellung von Kiel übernommen, so wie Ihr sie von uns übernehmen wollt. Dass wir uns mit Reinhard Strecker in Verbindung zu setzen hätten, war uns weder vom BV noch von den Kielern mitgeteilt worden.“

In der Woche nach Pfingsten, also während meiner Abwesenheit, hat uns Reinhard einen vorwurfsvollen Brief geschrieben. Er wollte die Aufstellung nach Berlin zurückhaben, um sie zu erweitern und besondere Akten über Hamburger Richter hinzuzufügen. Es mußte jemand von uns mit einem Wagen nach Berlin fahren, dort Tag und Nacht mit Reinhard arbeiten. Gestern früh kam der Wagen zurück, Reinhard war mitgekommen, und nun hieß es, all die Ergänzungen einzubauen, die neuen Schautafeln aufzubauen, Akten zu beschriften usw. Wir waren noch bei der Arbeit, als Magnifizen eintraf. Doch konnten wir gerade noch pünktlich um 12.15 Uhr eröffnen, doch werden die Arbeiten an den Akten und Schautafeln heute noch fortgesetzt.

²⁹ HIS, SDS HH, HHH 622, 05 und 06, (2446-2746). Brief Michael Vesters an Harri Rusch vom 16.4.1961.

³⁰ Der Kieler Rektor Prof. Dr. Burck nach WB, Ungesühnte Nazi-Justiz, in: Kieler Nachrichten, 10.5.1961. Der kurz darauf zum SDS-Bundesvorsitzenden gewählte Kieler Eberhard Dähne erinnerte sich in einem 2008 für die Zeitschrift „Marxistische Erneuerung“ geschriebenen Artikel „SDS und Neue Linke 1959ff: „Vorwärts und nicht vergessen, worin unsre Stärke besteht ...“ u.a. ausführlich an die Kieler Vorbereitungen zur Ausstellung: <http://www.zme-net.de/article/583.sds-und-neue-linke-1959ff-vorwaerts-und-nicht-vergessen-worin-unsre-staerke-besteht.html> Später schloss sich Dähne der MSB-Richtung an.

³¹ HIS, SDS HH, HHH 622, 05 und 06, (2446-2746). Brief Harri Rusch vom 16.5.1961

Wir geben gern zu, dass Reinhard die Ausstellung gegenüber Kiel wesentlich verbessert hat, wir haben aber zu tun, um seine zahllosen Sonderwünsche im Zaum zu Halten.³² An den anderen Verbänden haben wir nicht allzuviel Freude (Ausnahme LSD). Einzelheiten später. Heute nur das Wichtigste:

Wir schließen am Freitag um 20 Uhr und beginnen mit dem Ausräumen am Sonnabend um 9 Uhr.

Reinhard Strecker hat uns untersagt, Euch die Ausstellung mit der Post oder Bahn zuzuschicken. Er verlangt von Euch in ultimativer Form:

002620

1. Am Sonnabend sollen ein oder zwei Mann mit einem PKW hier eintreffen, um die Ausstellung zu übernehmen.

2. Möglichst bald soll einer von Euch nach Berlin kommen, um mit Reinhard die Einzelheiten der Stuttgarter Ausstellung zu besprechen und weiteres Material mitzunehmen.³³

Am 7.6.61 teilte Ulrich Schüle vom Stuttgarter SDS den Hamburgern mit:

„Liebe Genossen, trotz mehrerer Versuche konnten wir bis heute Abend Reinhard Hoffmann nicht telefonisch erreichen. Er wurde uns von R. Strecker als kompetent für die Ausstellung genannt. Strecker musste uns wohl oder übel den Bahnversand des Materials zugestehen, da wir das Zeug unmöglich in Hamburg abholen können. Besorgt euch doch bitte einen Bahnbehälter in passender Größe und schickt ihn an die folgende Adresse: SDS-Gruppe Stuttgart, Stuttgart N, Technische Hochschule (Kollegiengebäude I), Hausverwaltung. Der Behälter sollte am Montag früh hier sein, damit wir sofort aufbauen können...“³⁴

Das Hamburger Abendblatt berichtete nur kurz über die Eröffnung der Ausstellung: „„Ungesühnte Nazijustiz“ heißt eine Wanderausstellung von Dokumenten zur Rechtsprechung der NS-Zeit, die jetzt in Hamburg gezeigt wird. Der Rektor der Universität, Prof. D. Dr. Thielicke, eröffnete sie heute Mittag im Pädagogischen Institut am Von-Melle-Park 8. Rund 400 Akten von belasteten Richtern liegen zur Einsicht aus. Das Material wurde von dem Berliner Studenten Reinhard Strecker zusammengetragen.“³⁵

Ausführlicher beschäftigte sich die „Zeit“ mit der Hamburger Ausstellung. „Die Ausstellung ist freilich alles andere als erfreulich. Man glaubte bislang, halbwegs Bescheid zu wissen über das, was in jenen Jahren in Deutschland und durch Deutsche geschehen ist. Aber dann sitzt man plötzlich in einem etwas abseits gelegenen Zimmer im Pädagogischen Institut der Universität, und vor einem liegen säuberlich geordnet viele farbige Schnellhefter, grüne, blaue und orangefarbene, etwa 400 an der Zahl. Es sind etliche Personalakten von Richtern und Staatsanwälten dabei, auch Hinrichtungsprotokolle des Zuchthauses Brandenburg, vor allem aber Photokopien von Urteilen, die deutsche Gerichte bis zum Ende des Krieges in Deutschland, in der Tschechoslowakei und in den besetzten Ostländern gefällt haben...“

Das Unbehagen, das einen beim Besuch dieser Ausstellung überkommt, entspringt doch wohl einfach dem Gefühl, diese Richter hätten in unserem Staate ihre Robe besser nicht mehr angezogen und sich an stilleren Orten aufgehalten, auch wenn sie bis 1945 in gutem Glauben gehandelt und sich nicht strafbar gemacht haben.“³⁶

In der Neuen Kritik Nr. 6 vom Juli 1961 zog der SDS eine Bilanz der vier Ausstellungen in Kiel, Hamburg, Stuttgart und Freiburg. Aus Hamburg wurde noch als Besonderheit vermeldet: „Der Rektor, Prof. Thielicke, hielt die Eröffnungsrede. Schwierigkeiten traten auf, als Hamburger Richter mit einer einstweiligen Verfügung gegen ein Plakat drohten, unter

³² Hervorhebung durch den Verfasser.

³³ HIS, SDS HH, HHH 622, 05 und 06, (2446-2746). Brief Harri Ruschs an Ulrich Schüle (SDS Stuttgart) vom 30.5.61

³⁴ HIS, SDS HH, HHH 622, 05 und 06, (2446-2746). Brief Ulrich Schüle an den Hamburger SDS vom 7.6.1961

³⁵ Hamburger Abendblatt, 29.5.1961, abgerufen über:

http://dbis.uni-regensburg.de/frontdoor.php?bib_id=sub_hh&titel_id=8291

³⁶ ZEIT Nr. 25, Freitag, den 16. Juni 1961, Urteile, die erschrecken

dessen Überschrift "Können Mörder Richter sein?" auch eine Namensliste von heute noch amtierenden und schwer belasteten Richtern zu sehen war (die Namen der Hamburger Richter waren unterstrichen). Liste und Plakat wurden nach wenigen Tagen entfernt. Nach einem Gespräch zwischen Prof. Thielicke und dem Oberlandesgerichtspräsidenten Görtz kam ein Kompromiss zustande, demzufolge das Plakat entfernt blieb, aber die Liste ohne Unterstreichungen der Namen wieder angebracht werden konnte.“

Das Gesamtfazit war nachdenklich: „Obschon die Ausstellung in diesem Semester ein Erfolg ist, erhält der SDS aus der Öffentlichkeit außerhalb der Universität keine materielle Hilfe. Vielmehr erfordert die Arbeit unzumutbare materielle und zeitliche Opfer, da die Förderungswürdigkeit des SDS immer noch nicht wieder anerkannt ist. Auch von Seiten der Sozialdemokratie wurden keine Erleichterungen geschaffen. - Das Richtergesetz kann zwar als ein - wenn auch inkonsequentes - Resultat der Aktivitäten des SDS gewertet werden, scheint aber mehr der Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit zu entspringen, da man ja noch nicht vor allzu langer Zeit die Aktivitäten der Aktion "NS-Justiz" in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (10. Mai 1960) als „von Pankow ferngelenkt“ verleumdete, um abzulenken.“³⁷

Zum Erfolg der Ausstellung, die von Ausstellungsort zu Ausstellungsort ergänzt wurde, trug außerdem die Begleitbroschüre „Ungesühnte Nazijustiz“, Hundert Urteile klagen ihre Richter an, bei, die Wolfgang Koppel aus Karlsruhe 1960 im Auftrage des Organisationskomitees zusammengestellt hatte. Reinhart Streckers Bemühungen ab 1959 wurde erst spät entsprechend gewürdigt, beginnend 2015 (als Strecker 85 Jahr alt war) mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes.³⁸

V. Die Entwicklung des SDS von 1961 bis 1963

Auf der XVII. Delegiertenkonferenz des SDS am 4./5. Oktober 1962 in Frankfurt wurden als neuer Bundesvorstand der 1. Vorsitzende Dieter Sterzel und als 2. Vorsitzende Ursula Schmiederer, als Beirat Bernd Hartmann, Wolfgang Spiegel und Klaus Wrobel gewählt.³⁹

Höhepunkt der Konferenz waren die Referate von Elisabeth Lenk zur sozialistischen Theorie in der Gruppenarbeit des SDS und von Claus Offe zur Hochschulpolitik des Verbandes nach der Veröffentlichung der SDS-Denkschrift *Hochschule in der Demokratie* im September 1961.

Elisabeth Lenk knüpfte an das in einigen kleineren Gruppen vorhandene Unbehagen über esoterische, d. h. nur für Fachleute und Eingeweihte bestimmte und verständliche Arbeitskreise im SDS an, die sich «als Gehirn der Gesellschaft» verstünden. Wenn das für den Gesamtverband typisch werde, müsse sich die ohnehin zwischen sozialistischer Intelligenz und Arbeiterklasse bestehende Kluft noch vertiefen. Zwar akzeptierte sie die Kritik an bestimmten Verselbstständigungstendenzen der Theorie-Diskussion, wandte sich aber gleichzeitig entschieden gegen einen gewissen revolutionären Pragmatismus, der trotz aller Niederlagen sein geschäftelhuberisches Heil in der Organisationsarbeit, Agitation und Propaganda der Alltagspolitik suche. Es sei jedoch falsch, Theorie und Praxis im SDS gegeneinander auszuspielen, entscheidend sei die Frage, was sozialistische Theorie eigentlich bedeute. „Sozialistische Theorie“, so Lenk, „ist die Respektlosigkeit, [...] gesellschaftlich gesetzte Grenzen des Nachdenkens zu überschreiten. Sie sucht nicht nur Teilstücke, sondern die Gesellschaft als Ganzes zu durchschauen.“

Claus Offe ging von den damals wie heute gängigen Schlagwörtern «Zurück zu Humboldt» und «Vorwärts zu einer marktgerechten Produktion von Akademikern» aus. Die bürgerliche Gesellschaft habe keinerlei Vorstellung davon, wie sie mit der sich abzeichnenden

³⁷ neue kritik, informationen 6, juni 1961, S. 48/49

³⁸ Wolfgang Koppel, Ungesühnte Nazijustiz, Hundert Urteile klagen ihre Richter an., Karlsruhe 1960. Vergl. Wikipedia.

³⁹ Kraushaar, Die 68er Bewegung..., Bd, 1, S. 145. Der folgende Abschnitt folgt weitgehend dem Text von Tilman P. Fichter, Siegiward Lönnendonker, Genossen! Wir haben Fehler gemacht, Marburg 2021⁶

Massenuniversität fertig werden wolle. Sie halte demgegenüber an den akademischen Vorstellungen einer Wert-Elite fest. Dieser Widerspruch sei der konkrete Ansatzpunkt für die Hochschulpolitik des SDS. Der Verband müsse zum Zentrum des Widerstandes gegen jede Art von ideologischer Manipulation der Studentenschaft werden. Die Möglichkeiten des SDS lägen in der Bewusstseinsbildung und Aufklärung einer diskutierenden Studentenschaft durch die Veranstaltung von öffentlichen Foren und Arbeitskreisen. Die Studentenschaft dürfe nicht Objekt, sondern müsse letztlich treibende Kraft der Reform der bürgerlichen Universität sein.

Auf der 18. BDK vom 6. – 8. Oktober 1963 wurden in Frankfurt als Vorsitzende Manfred Liebel und Helmut Lessing, als Beirat Ilse Jacob, Klaus Schüler und Dietrich Wetzels gewählt.⁴⁰ In Heft 18 der *neuen kritik* vom November 1963 bezeichnete Manfred Liebel den SDS als Organisation junger sozialistischer Intelligenz. Das stellte nun tatsächlich einen Bruch mit dem bisherigen Selbstverständnis des Verbandes als der von der SPD geführten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung dar. Da die Rolle der Intellektuellen im Staatsapparat, in den Massenmedien, in den Organisationen der Arbeiterbewegung und nicht zuletzt in den Forschungslabors der kapitalistischen Wirtschaft ständig an Bedeutung gewinne, müsse die Intelligenz eindeutig Partei ergreifen. Der bürgerliche Intellektuelle als wertfrei forschender Wissenschaftler sei passé, die Zukunft gehöre dem sozialistischen Wissenschaftler, der gelernt habe, mit anderen zu diskutieren und zusammenzuarbeiten.

Die Diskussion im SDS in der Phase vom Unvereinbarkeitsbeschluss bis Ende 1964 kreiste immer wieder um die Probleme, welchen Standort und welche Funktion der sozialistischen Intelligenz in der Klassengesellschaft zukomme und ob Wissenschaft eine revolutionäre Produktivkraft sein könne. Die Frage, wie der SDS seine Zielgruppen, Studentenschaft und sozialwissenschaftliche und technische Intelligenz, mobilisieren und politisieren könne, wurde erst zaghafte gestellt und andiskutiert. Das Leib- und Magenthema bis hin zum Bundesvorstand Kallauch/Seifert/Mitscherlich, das Verhältnis des SDS zur SPD, hatte sich schließlich von selbst erledigt. Der Verband verstand sich bei allen Widersprüchlichkeiten und Unklarheiten immer mehr als theoretische Avantgarde-Organisation, die langfristig die Mehrheit der bürgerlichen Intelligenz für ihre emanzipatorischen Ziele gewinnen wollte, und nicht mehr als Rekrutierungsfeld für Führungspositionen der traditionellen Arbeiterbewegung.

An der Hochschule begriff sich der SDS zunehmend als Vertreter der Interessen nicht nur der sozialistischen Studenten, sondern aller nichtprivilegierten Mitglieder der Universität. Auf der XIX. Delegiertenkonferenz 1964 am 4. – 5. September 1964 in Frankfurt warnte der SDS bereits vor der Gefahr, mit Numerus clausus und Zwangsexmatrikulation nur an Symptomen herumzudoktern. Auch sei die Erweiterung des «Mittelbaus» ohne eine gleichzeitige Demokratisierung der Ordinarienuniversität, d. h. (206) Abbau der Allmacht der Lehrstuhlinhaber, keine Lösung. ...

Ferner forderten die Delegierten der XIX. DK 1964 – damals ein durchaus ungewöhnlicher Schritt – die Aufhebung des KPD-Verbots, da dieses Verbot eine politische Strafjustiz in Gang gesetzt habe, die auch die Verkterzung jedes politischen Gegners juristisch ermögliche. Die Konferenz beschloss, dass der SDS mit einer selbstständigen Delegation an den nächsten Weltjugendfestspielen teilnehmen sollte. Der SDS-Landesverband Berlin wurde mit der Ausarbeitung einer Dokumentation zur Entwicklung der «Südvietnam-Frage» beauftragt. Zum neuen Ersten Bundesvorsitzenden wurde Helmut Schauer (Hamburg) gewählt, zum Zweiten Vorsitzenden Hartmut Dabrowski (Hamburg). Beirat: Horst Stemmler (Frankfurt), Urs Müller-Plantenberg (Berlin) und Thomas Schmitz-Bender (München).⁴¹

⁴⁰ Vergl. auch: Kraushaar, Die 68er Bewegung..., Bd. 1, S. 188.

⁴¹ Vergl. auch: Kraushaar, Die 68er Bewegung..., Bd. 1, S. 253.

Literatur:

AStA HH, Das permanente Kolonialinstitut – 50 Jahre Hamburger Universität, Hamburg 1969.

Jürgen Briem, Der SDS, Geschichte des bedeutendsten Studentenverbandes der BRD von 1945 bis 1961, Frankfurt 1976.

Tilman P. Fichter, Siegward Lönnendonker, Genossen! Wir haben Fehler gemacht, Marburg 2021⁶.

Stephan Alexander Glienke, Die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ (1959-1962), Baden-Baden 2008.

Wolfgang Koppel, Ungesühnte Nazijustiz, Hundert Urteile klagen ihre Richter an., Karlsruhe 1960.

Die 68er Bewegung, eine illustrierte Chronik von Wolfgang Kraushaar, Stuttgart 2018.

Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS), SDS HH, HHH 622, 05 und 06, (2446-2746).

Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers, Hrsg., Dynamische Zeiten, Hamburg 2003².